



Institut für den sozialen Wohnbau
Istituto per l'edilizia sociale
Istitut por le frabichè sozial

Information gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Verantwortlicher ist das Institut für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol, mit Rechtssitz in Bozen, Horazstraße Nr. 14. Telefonnummer 0471-906666, E-Mail-Adresse: info@wobi.bz.it, Zertifiziertes E-Mail Postfach (PEC): info@pec.wobi.bz.it.

Datenschutzbeauftragter (DSB): Renorm GmbH, mit Rechtssitz in Bozen, Schachthofstraße Nr. 50. Telefonnummer: 0471-1882777, E-Mail-Adresse: info@renorm.it, Zertifiziertes E-Mail Postfach (PEC): renorm@legalmail.it.

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Personal des Institutes für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol (in der Folge als „WOBI“ bezeichnet), auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne der geltenden Gesetzgebung im Bereich Personal (insbesondere das Landesgesetz vom 19. Mai 2015, Nr. 6, in geltender Fassung, die entsprechenden Kollektivverträge und Durchführungsverordnungen, das Gesetzvertretende Dekret vom 9. April 2008, Nr. 81, in geltender Fassung) angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor des Amtes Personal und Organisation an seinem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: andere lokale, nationale und europäische öffentliche Körperschaften, Vor- Fürsorge- und Versicherungsanstalten, Vor- und Fürsorgefonds, Zusatzfonds, Agentur der Einnahmen, Rechnungshof, Gerichtsbehörden.

Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems des WOBI und/oder der institutionellen Website der Körperschaft, auch durch *Cloud Computing*, erbringen. Der jeweilige CloudProvider des Wobi ist vertraglich verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums zu übermitteln.

Datenübermittlungen: Es werden keine personenbezogenen Daten an Drittländer außerhalb der EUÜb ermittelt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die



personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <https://www.wobi.bz.it/de/veroeffentlichungen/weitere-inhalte---zusaetzliche-informationen.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Ein-ang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Information gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Verantwortlicher ist das Institut für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol, mit Rechtssitz in Bozen, Horazstraße Nr. 14. Telefonnummer 0471-906666, E-Mail-Adresse: info@wobi.bz.it, Zertifiziertes E-Mail Postfach (PEC): info@pec.wobi.bz.it

Datenschutzbeauftragter (DSB): Renorm GmbH, mit Rechtssitz in Bozen, Schachthofstraße Nr. 50. Telefonnummer: 0471-1882777, E-Mail-Adresse: info@renorm.it, Zertifiziertes E-Mail Postfach (PEC): renorm@legalmail.it

Ursprung: Die Daten stammen von anderen lokalen, nationalen oder europäischen öffentlichen Körperschaften, Vor- Fürsorge- und Versicherungsanstalten, Vor- und Fürsorgefonds, Zusatzfonds, Agentur für Einnahmen, Kataster- und Grundbuch, Handelskammer, Gerichtsbehörden, Meldeämter der Gemeinden und wurden im Sinne der geltenden Gesetzgebung im Bereich Personal (insbesondere das Landesgesetz vom 19. Mai 2015, Nr. 6, in geltender Fassung, die entsprechenden Kollektivverträge und Durchführungsverordnungen, das Gesetzvertretende Dekret vom 9. April 2008, Nr. 81, in geltender Fassung) erhoben.

Die Daten stammen teilweise aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Kategorien der Daten - Es handelt sich um:

- Identifizierungsdaten;
- Sensible Daten;
- Gesundheitsdaten;
- Daten zum sexuellen Leben und Orientierung;
- Biometrische Daten;
- Genetische Daten;
- Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Gerichtsdaten).

Zwecke der Verarbeitung: Die erhobenen Daten werden vom dazu beauftragten Personal des WOBI, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie erhoben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor des Amtes Personal und Organisation an seinem Dienstsitz.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang



mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: andere lokale, nationale und europäische öffentliche Körperschaften, Vor- Fürsorge- und Versicherungsanstalten, Vor- und Fürsorgefonds, Zusatzfonds, Agentur der Einnahmen, Rechnungshof, Gerichtsbehörden. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems des WOBI und/oder der institutionellen Website der Körperschaft, auch durch Cloud Computing, erbringen. Der jeweilige CloudProvider des Wobi ist vertraglich verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums zu übermitteln.

Datenübermittlungen: Es werden keine personenbezogenen Daten an Drittländer außerhalb der EU übermittelt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <https://www.wobi.bz.it/de/veroeffentlichungen/weitere-inhalte---zusaetzliche-informationen.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.